

Die „Volksmacht“
erscheint täglich Nachmittags um 6
Uhr abends in den
Verkaufsstellen, Neue Wapenstr. 4/6
durch die Post nach
den Colonaten in Preußen.
Preis monatlich 2.50,
pro Bode 20 Pf.
Verkaufsstelle Nr. 7842.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkschätige Bevölkerung.

31059

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 144.

Donnerstag, den 24. Juni 1897.

8. Jahrgang

Breslau 15.

Volksmacht

VIII. Jahrgang.

1897.

Juli - Dezember.

E 64.



die Volksvertreter, die dem Volke keine neuen
aufbürden wollen, werden sich hüten, neuen
gend welcher Art zu zustimmen. Die es thun,
m Theil dann auch Volksvertreter — gewesen.

Politische Handbuch.

in Reichstage. Die Zünftler sind fleißig
als heute bei der Fortberathung der
eine Abstimmung zweifelhaft blieb, ergab die
Anwesenheit von 253, eine spätere namentlich
fogar die von 296 Mitgliedern und das
ete sich selbst mit Beifall, ob dieser unerhörten
Abstimmungen galten vergeblichen Versuchen
Erzungenchaften der Innungsfreunde in Anzügen
ichen Auswüchsen zu beschneiden. Zumeist ge-
chlüsse der zweiten Lesung unverändert zur An-
sätzen und gerechten Zünftler ist das freilich
t genug und das neue Handwerkergesetz wird
Ausgangspunkt für neue Forderungen bilden.
Wünsche, die obligatorische Zwangsinnung und
nachweis, haben keine Aufnahme in das Gesetz
chon in zweiter Lesung vereitelte Versuch, den
weis durch eine Hintertür hinduzubringen,
Bestimmung, daß nur geprüfte Meister das
en, Lehrlinge auszubilden, fand heute nur ne-
ver Antisemiten und zünftlerischen Heißspori-
unseres Genossen Singer gelang es schließ-
abstimmung bis morgen zu vertagen, doch
mungen zum Schutz der Confectionsarbeiter
t werden können, welche die damit betrie-
t herziger Weise unter den Tisch fallen. er-
ung
e die

latenten Ministerkrise. In
in den Ministerien erfahren wir, schreibe
daß das Kommando des Herrn von M
vorläufig auf das Vicepräsidium im preußischen
im beschränkt wird. Diese Würde wähle
nach dem Ausscheiden des Herrn v. Boettich
als ältester Minister erlangen. Das Reich
n ist dem Schatzsecretär Grafen Posadowski
en; es ist aber zweifelhaft, ob er dasselbe
er so klug ist, wie wir ihn schätzen, so la-
davon und bleibt beim Schatzsecretariat, Mi-
yer Miquels im preussischen Finanzministerium
ventuell müßte auch ein neuer Schatzsecretär
gesucht werden. Das „Berliner Tageblatt“ will
ierzu der Regierungspräsident in Düsseldorf,
heinhaben, bestimmt sei. Mag es so oder so
einen Fall wird nach dem, was jetzt in Frage
die Position für die Verteidigung der Regie-
tage eine stärkere werden. Dem Admiral
tatsächlich schon zweimal seitens des Kaisers
ze für Herrn von Stephan angetragen
Beförderung des Unterstaatssecretärs Fischer aus
ang soll der Kaiser bestimmt abgelehnt haben.
irchens nicht als ausgeschlossen, daß an die
Postverwaltung eine soldatische
t wird. Der verstorbene Franz Ziegler sagte
enn der Kaiser einem Junker plötzlich befiehlt,

der es so wohl verstanden hatte, seinen Muth
seinen Geist zu befeuern, war vor einem
mit seiner Mutter nach Berlin gezogen, und
er unter einem Pseudonym schriftstellerisch für
tig gewesen war, zog sich nun ganz von her-

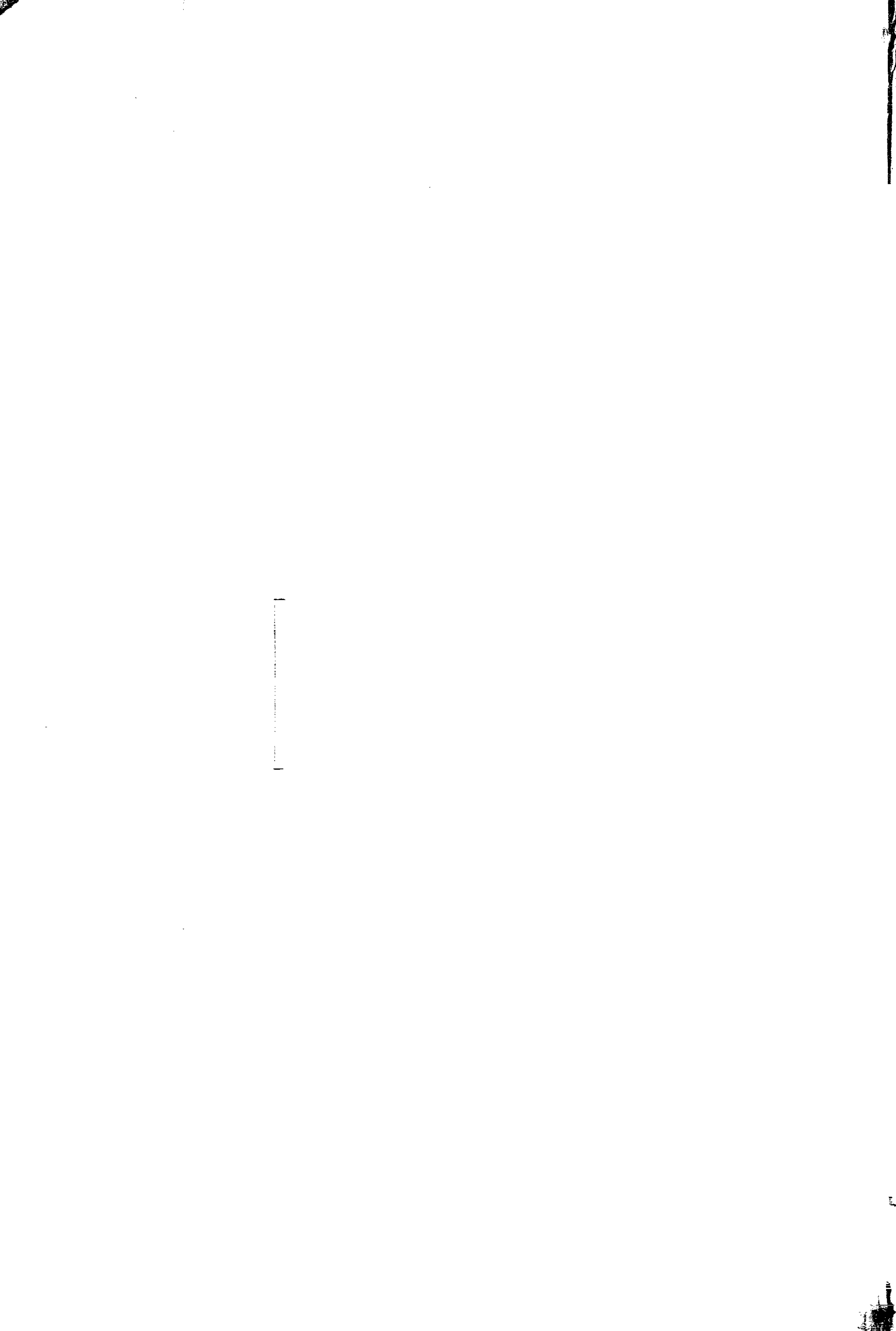
alles für verloren und die Ereignisse schienen
leben.
Berlin und Umgegend wurde der kleine Be-
verhängt, und obwohl nichts Tatsächliches
den konnte, was diese außerordentliche un-
regel gerechtfertigt hätte, so wurde sie doch
n und die Verfolgungen und Ausweisungen
de nehmen.
litisch mundtot gemacht, machte seinem ge-
seiner Tochter gegenüber Luft, die für seine
führungen ein aufmerksames Ohr hatte, aber
Humanismus sich oft schmerzlich betroffen fühlte.
Verhältnisse im eigenen Hause sah er in

n Ante vorgerückt, aber die Erhöhung des Ge-
nicht den gesteigerten Ansprüchen der Familie,
Lebensdienste war es vorbei.
eine Söhne studieren, aber sie bekamen es täglich
en, daß sie als Proletarier des Geistes noch
tausend Mal beklagenswerther sein würden, als die Proletarier
der Industrie.
Und jetzt hatte er auch die Tochter wieder im Hause,
ein armes junges Weib, das sein Leben verfehlt hatte.
Helene that Alles, um ihn wenigstens über ihr Schicksal
zu beruhigen; sie wollte sich selbst durchs Leben helfen,
sie habe ja schon bewiesen, daß es ihr nicht an Muth gebräche,
aber er lächelte trübe und ungläubig.
(Fortsetzung folgt.)

das Feuer der Jugend, aber die tiefe, vorzeitige Falte, die
sich zwischen dieselben gegraben hatte, gaben Zeugniß, daß er
in einem harten und erbitterten Kampfe stand, der seinen
Geist und seine Nerven in fortwährender Spannung erhielt.
Er war ein hervorragender Kämpfer der deutschen
Socialdemokratie geworden. Von Berlin, wohin er mit seiner
Mutter übersiedelte, hatte man ihn vor Kurzem ausgewiesen.
Hieraus war er nach Halle gegangen, wo er in seinem
Fache Arbeit gefunden hatte.

genommen.
Sie fand den Vater gealtert und vergrämter als je vor-
her. Die Zeitumstände hatten seinen Radikalismus bedeutend
herabgesunken. Das Socialistengesetz, das im Herbst 1878 in
Kraft getreten war, brachte die Halben und Kleinmüthigen in
Schred und Verwirrung. Auch Adber glaubte, daß damit
die Organisation der Socialdemokratie tödtlich getroffen und
ihr fortan jede Möglichkeit abgeschnitten sei, ihre Anschauungen
geltend zu machen und zu verbreiten.

tausend Mal beklagenswerther sein würden, als die Proletarier
der Industrie.
Und jetzt hatte er auch die Tochter wieder im Hause,
ein armes junges Weib, das sein Leben verfehlt hatte.
Helene that Alles, um ihn wenigstens über ihr Schicksal
zu beruhigen; sie wollte sich selbst durchs Leben helfen,
sie habe ja schon bewiesen, daß es ihr nicht an Muth gebräche,
aber er lächelte trübe und ungläubig.
(Fortsetzung folgt.)



„Vollständig“
erhalten bleibt. Nachdruck
verboten. Preis 10 Mark.
Verlag: Neudruckerei, Nr. 10
durch die Post zum
Postamt in Berlin.
Preis 10 Mark.
Verlag: Neudruckerei, Nr. 10
Postamt in Berlin.
Preis 10 Mark.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkschätzbare Bevölkerung.
31059

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Verlag: Neudruckerei, Nr. 10
Postamt in Berlin.
Preis 10 Mark.



Nr. 144.

Donnerstag, den 24. Juni 1897.

8. Jahrgang.

Schlachtflotte in Sicht.

Der neue Staatssecretär im Reichsmarineamt hat seinen Posten nunmehr angetreten und die politische Welt harret gespannt der Dinge, die da kommen sollen. Wir müssen gestehen, daß es uns ziemlich gleichgültig ist, ob der Staatssecretär Hollmann oder Tirpitz heißt. Die Flottenpläne bestehen und der Staatssecretär im Reichsmarineamt kann nicht bestehen, wenn er diese Pläne nicht fördern will.

Herr Tirpitz hat gleich den Ruf mitgebracht, daß er ein eifriger Förderer der „uferlosen“ Marinepläne sei. Daß er eine Vermehrung der Flotte wünscht, ist selbstverständlich; als Marineoffizier von Beruf will er die Flotte möglichst groß und glänzend sehen, gerade wie die Offiziere des Landheeres dieses möglichst groß sehen wollen. Die Offiziere, welche seiner Zeit die Flottenvermehrungspläne von sich wiesen mit dem „Gemeinen“, die Flotte genüge zur Küstenverteidigung, waren, wie Graf Caprivi, eben „Landratten“, die an keine kriegerischen Fahrten nach fernen Meeren dachten; Herr Tirpitz aber ist Seemann und da denkt man schon eher an so etwas.

Neuerdings hat eine gewisse Presse sich bemüht, den gegenwärtigen Staatssecretär im Reichsmarineamt als einen Mann zu charakterisieren, dessen Wünsche in Bezug auf die Flottenvermehrung sehr bescheiden seien; man ging sogar so weit, zu behaupten, die Wünsche des neuen Staatssecretärs gingen über das, was die Mehrheit im Reichstage bewilligt hat, nicht allzu hoch hinaus. Was man mit der Ausstreitung solcher Nachrichten, deren Unwahrheit auf der Hand liegt, bezweckt, ist uns unerfindlich. Will man die durch die Flottenpläne heimruhigten Steuerzahler damit einlullen? Das Erwachen würde doch nur um so unangenehmer sein.

Man behauptet, Herr Tirpitz wolle sich nicht auf die Verfertigung einer starken Kreuzerflotte verlegen, sondern vor Allem die Schaffung einer großen Schlachtflotte von Panzerschiffen ins Auge fassen. Aber da kommen wir ja aus dem Regen in die Traufe. Ist denn etwa die Schaffung einer großen Schlachtflotte von Panzerschiffen weniger kostspielig als die Erbauung einer Kreuzerflotte? Und ist es nicht „uferlos“, wenn man von einer „großen“ Schlachtflotte spricht? Was sollen all' die Winkelzüge in der Presse? Wir sind sicher, daß ein Mann in das Reichsmarineamt eingetreten ist, der die Flottenpläne wieder aufnehmen wird, und was er zunächst will, werden wir bald erfahren. Es ist bezeichnend, daß zugleich Herr von Miquel in den Vordergrund der inneren Politik tritt, nachdem er sich längere Zeit im Hintergrund gehalten hat. Der soll die Frage lösen, wie die Mittel zu den Flottenplänen beschafft werden sollen. Wo das Geld liegt, das weiß Herr von Miquel schon. Es wird sich nur fragen, ob die Steuerzahler es hergeben wollen, und kurz vor Neuwahlen von einem Reichstage neue Geldmittel verlangen — das ist eine gefährliche Sache.

Oder sollte sich bewahrheiten, was als Gerücht immer noch umläuft, daß nämlich dem Reichstage noch in dieser Session eine Marinevorlage zugehen soll? Dann würde sich die Situation sofort spitzen und eine innere Krise, ein „Conflict“ wäre sehr wahrscheinlich. Herr Tirpitz soll seiner Zeit 150 Millionen an Neuforderungen für die Marine in Aussicht genommen haben; dies wurde indessen bestritten und die Pläne des Herrn Hollmann legten über 300 Millionen

vor. Vielleicht waren die Meldungen über die Flottenpläne des Herrn Tirpitz nur insofern falsch, als sie die Forderungen zu niedrig angaben.

Es „geht etwas vor“, darüber kann kein Zweifel mehr obwalten. Wenn der „Conflict“ mit der Marineverwaltung und sonach mit den verbündeten Regierungen nicht mehr in dieser Session kommt, dann kommt er sicher im Herbst. Uns ist es einerlei, wann er kommt, und sollte dieser Sommer Neuwahlen bringen — nun, wir sind gerüstet und fürchten uns vor keinem Feind. Auch unsere Stellung zu den kommenden Fragen ist von vornherein klar. Niemand wird uns überzeugen können, daß Deutschland genötigt sei, „Welt-politik“ auf dem Meere zu treiben. Die Erkenntnis, daß Deutschland finanziell zu schwach ist, um neben dem Landheere noch eine große Panzerflotte zu bauen und zu unterhalten, würde für uns allein schon hinreichen, alle Flottenpläne energisch von der Hand zu weisen.

Wohl wissen wir, daß die „Echarfmacher“ aller Schattierungen den „Conflict“ wünschen, denn sie glauben denselben für sich auszunutzen zu können. Aengstliche Gemüther werden darum den „Conflict“ zu vermeiden suchen. Uns kann die „Alles nicht beunruhigen, denn der „Conflict“ wird früher oder später doch kommen. Man kann wohl sagen, daß er unvermeidlich geworden ist.

Indem wir uns den Flottenplänen des Herrn Tirpitz genau so energisch wie denen des Herrn Hollmann widersetzen, wissen wir uns im Einverständnis mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes. Die Flottenenthusiasten sind nur ein Theil — und zwar nicht einmal ein großer — der herrschenden Klassen. Aber sie sind meist mächtige und einflußreiche Leute, und sie haben ihre Presse zur Verfügung, die im Namen des deutschen Volkes spricht und sich stellt, als ob das ganze Volk für die Flottenvermehrung begeistert sei. Damit kann man aber weder das Volk selber täuschen, noch wird man damit die Schwierigkeiten, die den Flottenplänen im Wege stehen, aus der Welt schaffen.

Der Deutsche, der von seiner Hände Arbeit leben, und zwar kärglich leben muß, mag schon oft erstaunt gewesen sein, wenn die Flottenenthusiasten in den Blättern sich geberdeten, als könne das deutsche Volk es gar nicht erwarten, bis es die Kosten für eine große neue Flotte aufbringen darf.

Die „Wasserpatrioten“ haben alle Töne angeschlagen und haben auch an die Begeisterung des deutschen Volkes für die Schaffung einer Flotte im Jahre 1848 erinnert. Dagegen sollte man lieber gar nicht reden, denn es war wirklich schäbig, wie die Rhetorik und Großkauleute, die in erster Linie die Flotte brauchten, bei armen Tagelöhnern und Raherinnen für die Flotte sammelten, während sie selbst verhältnismäßig so wenig gaben. Das Ende der „deutschen Flotte“ entsprach dem Anfang. Wenn man wieder sammeln will, dann mögen die Flottenenthusiasten unter sich sammeln. Kann denn „der größte Patriot“, den Deutschland je besessen haben soll, der Einsiedler im Sachsenwald, nicht eine Sammlung eröffnen? Sechzig Millionen hat es ihm eingebracht, daß er sich für sein Vaterland „aufgerieben“ hat — könnte er seinen Patriotismus nicht dadurch betheiligen, daß er wenigstens eine halbe Million für die Flotte zeichnet und die anderen Großkapitalisten zur Nachäferung solcher patriotischen Opferwilligkeit auffordert?

Er wird sich hüten und die Andern auch.

Aber auch die Volksvertreter, die dem Volke keine neuen schweren Lasten aufbürden wollen, werden sich hüten, neuen Flottenplänen irgend welcher Art zuzustimmen. Die es thun, sind zum größten Theil dann auch Volksvertreter — gewesen.

Politische Rundschau.

Aus dem Reichstage. Die Zünftler sind fleißig bei der Arbeit; als heute bei der Fortberathung der Gewerkevorlage eine Abstimmung zweifelhaft blieb, ergab die Auszählung die Anwesenheit von 253, eine spätere namentliche Abstimmung sogar die von 296 Mitgliedern und das Haus überschüttete sich selbst mit Beifall, ob dieser unerhörten Präsenz. Beide Abstimmungen galten vergeblichen Versuchen der Linken, die Erregenschaften der Zünftefreunde in einigen besonders schädlichen Auswüchsen zu beschneiden. Zumeist gelangten die Beschlüsse der zweiten Lesung unverändert zur Annahme. Den echten und gerechten Zünftlern ist das freilich noch lange nicht genug und das neue Handwerkergesetz wird für sie nur den Ausgangspunkt für neue Forderungen bilden. Ihre heißesten Wünsche, die obligatorische Zwangsammung und der Befähigungsnachweis, haben keine Aufnahme in das Gesetz gefunden; der schon in zweiter Lesung vereitelte Versuch, den Befähigungsnachweis durch eine Hintertür hineinzubringen, vermittelte der Bestimmung, daß nur geprüfte Meister das Recht haben sollen, Lehrlinge auszubilden, fand heute nur 20 Stimmen der Antisemiten und zünftlerischen Heißsporn. Dem Eingreifen unsrer Genossen Singer gelang es schließlich, die Schlussabstimmung bis morgen zu vertagen, da nach die Bestimmungen zum Schutz der Confectionsarbeiter im Gesetz eingefügt werden können, welche die damit betraute Commission leichtherziger Weise unter den Tisch fallen ließ.

Zur latenten Ministerkrise. Zu den Veränderungen in den Ministerien erfahren wir, schreibt die „Freie Ztg.“, daß das Avancement des Herrn von Miquel sich thatsächlich vorläufig auf das Vicepräsidium im preussischen Staatsministerium beschränken wird. Diese Würde wird Herr v. Miquel nach dem Ausscheiden des Herrn v. Boetticher schon von selbst als ältester Minister erlangen. Das Reichsamt des Innern ist dem Schatzsecretär Grafen Hofmann angeboten worden; es ist aber zweifelhaft, ob er dasselbe annimmt. Wenn er so klug ist, wie wir ihn schätzen, so läßt er die Hand davon und bleibt beim Schatzsecretariat, um künftig Nachfolger Miquels im preussischen Finanzministerium zu werden. Eventuell müßte auch ein neuer Schatzsecretär für das Reich gesucht werden. Das „Berliner Tageblatt“ will wissen, daß hierzu der Regierungspräsident in Düsseldorf, Freiherr von Rheinbaben, bestimmt sei. Mag es so oder so kommen, auf keinen Fall wird nach dem, was jetzt in Frage gekommen ist, die Position für die Vertheidigung der Regierung im Reichstage eine stärkere werden. Dem Admiral Hollmann ist thatsächlich schon zweimal seitens des Kaisers die Nachfolge für Herrn von Stephan angetragen worden. Die Beförderung des Unterstaatssecretärs Fischer aus der Postverwaltung soll der Kaiser bestimmt abgelehnt haben. Es gilt noch durchaus nicht als ausgeschlossen, daß an die Spitze der Postverwaltung eine soldatische Kraft gestellt wird. Der verstorbenen Frau Ziegler sagte einmal, daß, wenn der Kaiser einem Junker plötzlich befiehlt,

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Paulsk.

Nachdruck verboten.

57]

Sie hielten Versammlungen und Vorträge ab und besuchten die der Internationale und der deutschen Socialisten. Nachdem das Socialistengesetz in Deutschland in Kraft getreten war, das eine ganze Klasse von Staatsbürgern ihrer staatlischen und persönlichen Rechte für verlustig erklärte und jede Meinungsäußerung des unzufriedenen Proletariats unterdrückte, hatte die deutsche Socialdemokratie in Zürich ein Blatt gegründet, das ihre Interessen zur Sprache brachte und vertrat.

Es hieß „Der Socialdemokrat.“

Der Partei war damit ein bedeutsamer Mittelpunkt gegeben, um den sich ihre Bestrebungen sammeln und kristallisiren konnten.

In dem hochgelegenen Göttingen, in der oberen Wolfbachstraße, die gegen den Zürichberg steil emporsteigt, befand sich in einem von Gärten umgebenen Hause die Redaction dieses Blattes, zugleich mit dem Bureau der Administration und Expedition desselben.

Conrad Ebner, der soeben mit dem Schnellzuge angekommen war, nahm seinen Weg dahin.

In seinen Augen bligte noch immer die Kühnheit und das Feuer der Jugend, aber die tiefe, vorzeitige Falte, die sich zwischen dieselben gegraben hatte, gaben Zeugnis, daß er in einem harten und erbitterten Kampfe stand, der seinen Geist und seine Nerven in fortwauernder Spannung erhielt.

Er war ein hervorragender Kämpfer der deutschen Socialdemokratie geworden. Von Berlin, wohin er mit seiner Mutter überfiedelte, hatte man ihn vor Kurzem ausgewiesen.

Hierauf war er nach Halle gegangen, wo er in seinem fache Arbeit gefunden hatte.

Eine Partei-Angelegenheit von erster Bedeutung führte ihn in diesem Augenblick nach Zürich. Er blickte umher, wie Jemand, der sich in einer neuen Umgebung zu orientiren suchte.

Als er die ihm bezeichnete Hausnummer gefunden hatte, lächelte er und trat in die Thür.

Um dieselbe Nachmittagsstunde schritt eine junge Frau in einem schwarzen, überaus einfachen Vertalkleid, das jeden Anspuches entbehrte, ein Täschchen in der Hand, den Sonnenschirm aufgespannt, über die Gemüsebrücke in Zürich dahin.

Es war Helene Röder, die ihren Vaternamen wieder angenommen hatte.

Sie hatte ihre Thätigkeit im Dienste des rothen Kreuzes auch nach Beendigung des Krieges noch fortgesetzt. Der Typhus wüthete in den Spitalern und man suchte die geschwächten Pflanzgenossen fest zu halten. Aber sie erkrankte nun selbst daran.

Die Schwestern pflegten sie getreulich. Als sie genesen war, erhielt sie den Abschied. Die Epidemie hatte abgenommen, und die vorhandenen Ordensschwwestern konnten die Dienste allein versehen.

Noch geschwächt, blaß und angegriffen, kehrte sie in das väterliche Haus zurück und wurde freundlich und liebevoll aufgenommen.

Sie fand den Vater gealtert und vergrämter als je vorher. Die Zeitumstände hatten seinen Radicalismus bedeutend herabgestimmt. Das Socialistengesetz, das im Herbst 1878 in Kraft getreten war, brachte die Halben und Kleinmüthigen in Schreck und Verwirrung. Auch Röder glaubte, daß damit die Organisation der Socialdemokratie tödtlich getroffen und ihr fortan jede Möglichkeit abgeschnitten sei, ihre Anschauungen geltend zu machen und zu verbreiten.

Conrad, der es so wohl verstanden hatte, seinen Muth zu beleben und seinen Geist zu befeuern, war vor einem halben Jahre mit seiner Mutter nach Berlin gezogen, und Röder, der bisher unter einem Pseudonym schriftstellerisch für die Partei thätig gewesen war, zog sich nun ganz von derselben zurück.

Er gab Alles für verloren und die Ereignisse schienen ihm Recht zu geben.

Ueber Berlin und Umgegend wurde der kleine Belagerungszustand verhängt, und obwohl nichts Thatsächliches vorgebracht werden konnte, was diese außerordentliche und ungeheuerliche Maßregel gerechtfertigt hätte, so wurde sie doch aufrecht erhalten und die Verfolgungen und Ausweisungen wollten kein Ende nehmen.

Röder, politisch mundtot gemacht, machte seinem geprehten Herzen seiner Tochter gegenüber Luft, die für seine kritischen Ausführungen ein aufmerksames Ohr hatte, aber durch seinen Pessimismus sich oft schmerzlich betroffen fühlte.

Auch die Verhältnisse im eigenen Hause sah er im düstersten Lichte.

Er war im Amte vorgerückt, aber die Erhöhung des Gehaltes entsprach nicht den gesteigerten Ansprüchen der Familie, und mit dem Nebenberuf war es vorbei.

Er ließ seine Söhne studiren, aber sie verarmten es täglich von ihm zu hören, daß sie als Proletarier des Geistes noch tausend Mal beklagenswerther sein würden, als die Proletarier der Industrie.

Und jetzt hatte er auch die Tochter wieder im Hause, ein armes junges Weib, das sein Leben verfehlt hatte.

Helene that Alles, um wenigstens über ihr Schicksal zu beruhigen; sie wollte sich schon selbst durchs Leben helfen, sie habe ja schon bewiesen, daß es ihr nicht an Muth gebräche, aber er lächelte trübe und ungläubig.

(Fortsetzung folgt.)

ein Vanzerschiff zu commandiren, er das Commando sogleich zu übernehmen bereit ist, wenn er selbst niemals zuvor die See auch nur gesehen hat.

Die Nachricht, daß von Marshall auf seinem Posten bleiben würde, schien sofort nicht wahrscheinlich. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nennt auch schon seinen vermuthlichen Nachfolger. Dies soll der Volkshäupter in Rom von Ballow sein, der Befehl erhalten hat, „sich an das Gefolge des Kaisers zu begeben“.

Das preussische Herrenhaus, so meint der „Miquel'sche Zeitungsgesamtheit“ von Berlin in der „Post“, wird „den Torjo“ der Novelle des Vereinsgesetzes, wie er aus dem Abgeordnetenhaus herausgekommen ist, in sachgemäßer Weise ergänzen.

Das Recht unserer Lehrer! Aus der Disciplinaruntersuchung der Regierung zu Düsseldorf gegen die der Deutschen Volkspartei angehörenden Volksschullehrer in Eberfeld die bekanntlich mit der Amtsenthebung des Lehrers Langscheid endigte, werden erbauliche Dinge mitgetheilt.

Die kleinen Varrern gegen den hohen Herrn. Die katholische Geistlichen sind vielfach sehr unzufrieden mit ihren Oberen, mit dem Kirchenregiment, das mit der Centrumpartei auf gutem Fuße steht.

Die kleinen Varrern gegen den hohen Herrn. Die katholische Geistlichen sind vielfach sehr unzufrieden mit ihren Oberen, mit dem Kirchenregiment, das mit der Centrumpartei auf gutem Fuße steht.

Holland.

Die Stimmabgaben haben im Königreich der Niederlande im letzten Jahre um 100 Millionen Gulden zugenommen, was die Steuerbelastung der Bevölkerung sehr erhöht hat.

England.

Die Regierung hat im Parlament den Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der Rechte der Gewerkschaften vorgelegt.

Irland.

Ein Antrag auf Erweiterung des Stimmrechts wird im irischen Parlament diskutiert.

lehnte ihn der Priester- und Bauernstand ab. Bei einer zweiten Abstimmung trat der Bürgerstand von seiner Forderung zurück, womit der Antrag abgelehnt war, nur der Adel blieb dabei, daß die Ertheilung des Stimmrechts an die Frauen wünschenswerth sei.

Afrika.

Daß die Kinderpest in Deutsch-Südwestafrika aufgetreten ist, bestätigt ein Bericht des Landeshauptmanns Major Leutwein.

Deutscher Reichstag.

235. Sitzung vom 23. Juni 1897, 1 Uhr. Präsident v. Bötticher eröffnet die Sitzung.

Am Bundesrathstische v. Voettker, Brestfeld. Im Haus eingetreten ist der Abg. Haase (Soc.). Die dritte Beratung der Handwerker-Vorlage wird fortgesetzt bei § 91, der von den Innungsschiedsgerichten handelt.

Abg. Stadthagen (Soc.) beantragt, dem § 91 folgenden Absatz hinzuzufügen: Die Entscheidung über eingereichte Klagen soll innerhalb 14 Tagen nach Eingang der Klagen erfolgen.

Abg. Jilchbed (Freil. Fr.) beantragt einen Zusatz, wonach die Klage auch an die gewerblichen Schiedsgerichte gehen kann.

Die Abg. Auer u. Gen. (Soc.) wollen eine Nothfrist von einem Monat (statt von 10 Tagen) bestimmen lassen.

Abg. Gamp (Soc.) erklärt sich für den Antrag Auer, der vom Abg. Stadthagen (Soc.) begründet worden war und gegen den Antrag Jilchbed abgelehnt.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung § 91 lautet: Die Innungen können durch Beauftragung der Verwaltung der gewerblichen und handwerklichen Schiedsgerichte in den zur Innung gehörigen Bezirken übertragen werden.

schlossen werden können, wenn bei dem Fortbestehen der Kasse die Leistungsfähigkeit einer Krankenkasse durch Verminderung der Mitgliederzahl gefährdet wird.

Die Bestimmung war in zweiter Lesung gestrichen worden. Abg. Richter beantragt die Wiederherstellung, zieht den Antrag aber schließlich zurück, weil der Regierung nichts daran gelegen scheint, daß die Bestimmung aufrecht erhalten bleibe.

Paragraf 1001 bleibt unverändert in der Fassung der zweiten Lesung.

Die folgenden Paragraphen werden unverändert genehmigt. Paragraf 103a handelt von den Mitgliedern der Handwerkskammern und bestimmt, daß diese gewählt werden 1. von den Innungen aus der Zahl ihrer Mitglieder; 2. von den Gewerbevereinen.

Abg. Hugel (Süd. Sp.) beantragt als Ziffer 3 hinzuzufügen: 3. von denjenigen Handwerkern, die zur Deckung der Kosten der Handwerkskammer herangezogen werden und weder einer Innung noch einem Gewerbeverein angehören.

Der Antrag Hugel wird abgelehnt und Paragraf 103a unverändert genehmigt. Bei Paragraf 103hh, der vom Gesellenauschuss handelt, spricht

Abg. Schmidt-Berlin (Soc.) die Befürchtung aus, es könnte der Gesellenauschuss, den er für dringend notwendig hält, in seinen Rechtsbefugnissen beeinträchtigt werden.

Abg. Gamp (Soc.) theilt die Bedenken nicht, eine schriftliche Wahl halte er nicht für notwendig.

Auf Befürwortung des Abg. Hugel (Centr.) wird ausdrücklich eingefügt, daß die Mitglieder des Gesellenauschusses gewählte Vertreter sein sollen.

Nach § 103i sollen die aus der Einrichtung und Thätigkeit der Handwerkskammern erwachsenden Kosten von den Gemeinden des Handwerksamterbezirks nach Verhältnis der Zahl der Gemeindebezirke angehörenden selbstständigen Handwerksbetriebe getragen werden.

Abg. Stolle (Soc.) führt aus, daß die Kosten ausschließlich von den Innungen zu tragen seien, da sie ausschließlich den Vorteil der Handwerkskammern hätten.

Abg. Dr. Hugel (Centr.) betont dem gegenüber, daß die Thätigkeit der Handwerkskammern dem ganzen Handwerkerstand zu Gute komme.

Der Antrag Hugel wird angenommen. Bei § 127b, der vom Lehrlingsverhältnis handelt, beantragt Abg. Stadthagen (Soc.), daß der Lehrling verpflichtet sein soll, das Lehrlingsverhältnis aufzugeben, wenn er in Concurs geräth.

Der Antrag Stadthagen wird, nachdem Abg. Gamp sich dagegen erklärt hatte, abgelehnt. Bei § 129a, der von dem Fahren von Lehrlingen handelt, bringt

Abg. Graf v. Bernstorff (Welfe) den in zweiter Lesung abgelehnten Antrag wieder ein, wonach nur Lehrlingen, die die Meisterprüfung bestanden haben, das Fahren von Lehrlingen gestattet sein soll.

Der Antragsteller meint, die Vorlage wird nur, edelich wirken können, wenn dieser schwache Anfang des Befähigungsnachweises hineinkomme.

Minister Brestfeld mündet sich entschieden gegen den Antrag. Belaste man das Fahrzeug mit dieser Form des Befähigungsnachweises, dann gehe es unter. Das wolle weder die Regierung noch die Mehrheit des Reichstages.

Abg. Euler (Centr.) tritt für den Antrag ein, in dem er einen ersten Schritt zu dem von dem gesamten Handwerk seit Jahren geforderten Befähigungsnachweis erblickt.

Der Antrag Liebermann von Sonnenberg wird gegen etwa 20 Stimmen abgelehnt. Dafür die Antisemiten, ein Theil der Rechten und einige Mitglieder des Centrums.)

Die folgenden Paragraphen werden debattelos genehmigt. Der Antrag Auer und Genossen zu § 91 über den die Abstammung zurückgestellt war, wird, nachdem die Antragsteller einige redactionelle Änderungen vorgenommen haben, fast einstimmig angenommen.

Die Artikel 3, 4 und 5 des Gesetzes werden debattelos genehmigt. Der Artikel 6 behandelt die Uebergangsbestimmungen. In der zweiten Lesung ist folgende Bestimmung eingeschoben worden:

„Nachdem von einer bestehenden Innung, zu deren Gunsten eine der in den §§ 100c oder 100f bezeichneten Bestimmungen erlassen worden ist, der Antrag auf Verwandlung in eine Zwangsinnung gestellt ist, kann derselbe stattgegeben werden, ohne daß die Voraussetzungen (die Mehrheit der betheiligten Gewerbetreibenden für die Zwangsinnung) zu treffen.“

Abg. Richter beantragt die Streichung dieser Bestimmung und gleichzeitig namentliche Abstimmung darüber.

Abg. Gamp (Soc.) tritt für die Aufrechterhaltung des Bestandes zweiter Lesung ein.

Abg. Schmidt-Berlin (Soc.) tritt der Ansicht Gamp's entgegen, daß die Innungen, die die Privilegien besitzen, sie auch streifenlos anwenden und verweigern auf das Urtheil, das der Berliner Magistrat in seinem Verwaltungsbericht über die Schneider-, Schuhmacher- und Schmiedsinnung gefällt hat.

Abg. Richter (Freil. Fr.) durch den Beschluß zweiter Lesung können 100 privilegierte Innungen, denen fast überall nur eine kleine Minderzahl der Handwerker angehört, in die Lage, sich ohne weiteres in Zwangsinnungen umzuwandeln zu können.

Die namentliche Abstimmung wird der Antrag Richter mit 19 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Abg. Finzer (Soc.) die Beratung des Gesetzes. Die Commissionsmitglieder haben heute beschlossen, mit Rücksicht auf die Beschaffenheit des Gesetzes in eine Beratung der Materie nicht einzutreten.

Abg. Richter (Freil. Fr.) durch den Beschluß zweiter Lesung können 100 privilegierte Innungen, denen fast überall nur eine kleine Minderzahl der Handwerker angehört, in die Lage, sich ohne weiteres in Zwangsinnungen umzuwandeln zu können.

Abg. Richter (Freil. Fr.) durch den Beschluß zweiter Lesung können 100 privilegierte Innungen, denen fast überall nur eine kleine Minderzahl der Handwerker angehört, in die Lage, sich ohne weiteres in Zwangsinnungen umzuwandeln zu können.

Abg. Richter (Freil. Fr.) durch den Beschluß zweiter Lesung können 100 privilegierte Innungen, denen fast überall nur eine kleine Minderzahl der Handwerker angehört, in die Lage, sich ohne weiteres in Zwangsinnungen umzuwandeln zu können.

Abg. Richter (Freil. Fr.) durch den Beschluß zweiter Lesung können 100 privilegierte Innungen, denen fast überall nur eine kleine Minderzahl der Handwerker angehört, in die Lage, sich ohne weiteres in Zwangsinnungen umzuwandeln zu können.

Partei-Angelegenheiten.

Die Leitung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat beschlossen, den diesjährigen Parteitag auf Sonntag, den 3. October, nach Hamburg einzuberufen.

Arbeiterbewegung.

Erdbarbeiter. Aus Norddeutschland wird gemeldet, daß sämtliche Erdbarbeiter an der Grenzbahn Kolbing-Egbed die Arbeit eingestellt haben, um eine Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden zu erreichen.

In Brest in Frankreich beschloß am 21. Juni eine von etwa 1000 Koblenausländern besuchte Versammlung die Fortsetzung des Streiks.

Maurer. In Leipzig wurde am Dienstag Vormittag eine Versammlung der streikenden Maurer abgehalten. Ueber den Stand des Streiks ist zu berichten, daß sich am Orte 206 Unternehmer befinden, von denen 67 mit 776 Maurern die Forderungen bewilligt haben.

In Rostock stehen noch 16 Töpfer im Streik, 17 Töpfer arbeiten zu den geforderten Bedingungen und 6 sind abgereist.

Zimmerer. Die Zimmerleute in Bochum beschloßen zu kündigen, wenn ihnen nicht der Lohn von 42 Pf. Stundenlohn bewilligt wird. Die Zimmerer in Ludwigsdalen in der Rheinprovinz haben den von ihnen eingereichten neuen Tarif bewilligt bekommen.

Kleine Rundschau.

Ein mächtiges Feuer scherte fast das ganze Dorf Damerow (Pommern) bei Raugard ein. Im Ganzen brannten 23 Gebäude nieder. An Rettung war, da bei der herrschenden Dürre die Häuser wie Zucker brannten, nicht zu denken.

Ueber den Brand an Bord des Postdampfers „Gothia“ erzählt das „Hamb. Fremdenbl.“: Am 18. d. Mts. ging der mit Steinkohle beladene, nach Westindien bestimmte Dampfer „Gothia“ in See.

Capitän Boycott, dessen Name die internationale Sprache um ein neues Wort bereichert hat, ist in Flexton, in Suffolk geboren. Er war Verwalter der ausgedehnten Güter des Grafen Ernte in der irischen Grafschaft Mayo und machte sich durch Strenge gegen die Pächter so verhasst, daß das Volk ihn förmlich in den Bann that.

Infolge einer Blutvergiftung starb im Krankenhaus zu Ohligs ein junger Mann von 18 Jahren, der sich vor mehreren Tagen ein kleines Eiterbüchsen an der Oberlippe mit den Fingernägeln aufgekratzt und dadurch die Wunde heruntergerissen hatte.

Die Rache einer Soubrette. Der folgende Vorfall hat in Schauffpielereien in St. Louis großes Aufsehen erregt. Die geschickte amerikanische Soubrette Max Campbell verließ sich in einem Kleiderkammer des Wohnzimmers der Schauspielerin Frau Devere und hörte, wie ihr Mann und Fräulein Devere verabredeten, miteinander durchzugehen.

Ueber die Verheerungen durch das Erdbeben in Indien treffen, da allmählich die telegraphische Verbindung wiederhergestellt wird, weitere Meldungen ein. In den Cheera-Bergen sollen 4 bis 6000 Menschen umgekommen sein.

Locale Rundschau.

Breslau, den 24. Juni 1897.

Die schwerste Strafe dem, der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern. — so hieß es in der Bielefelder Kaiserrede.

wenbar erscheinen. In Breslau streiken die Kupferschmiedegesellen. Nun ist die „Münch. Post“ in der Lage, folgendes Schreiben der Meister dieses Berufes zu veröffentlichen, welches über ganz Deutschland verschickt wurde:

Nr. 1. Hannover, den 26. Mai 1897.

Der Bezirksverein der Provinz Schlesien theilt uns mit, daß in Breslau unter den Kupferschmiedegesellen ein Streik ausgebrochen ist, nachdem die Forderung, einen Minimallohn von 35 Pf. bis zu 21 Jahren und 40 Pf. per Stunde über 21 Jahre zu gewähren, abgelehnt wurde.

In dem wir auf § 13 der Satzungen verweisen, wonach jedes Mitglied verpflichtet ist, unter keinen Umständen Kupferschmiedegesellen Arbeit zu geben, welche bei einem Vereinsmitgliede die Arbeit unbedingterweise niedergelegt haben, geben wir nachstehend das Verzeichniß der Streikenden.

Folgen die Vor- und Zunamen, Geburtsdaten nebst Geburtsorte von 21 Gehilfen, worauf es heißt: Gesellen, welche dem Fachverein der Gesellen nicht angehören, finden in Breslau Arbeit und bitten wir, überschüssige Arbeitskräfte dieser Art dorthin zu leiten.

Der Vorstand. Ludw. Meyer. Fr. Neumann.

Der „Verein der Kupferschmiedereien Deutschlands“ untersteht sich also, verschiedene Nebenmenschen, welche gern arbeiten möchten, an der freiwilligen Arbeit zu hindern. Hier sollen also Arbeiter, welche nur ihr gesetzliches Recht, bessere Arbeitsbedingungen zu verlangen, benutzen, von der Arbeit im ganzen Reiche ausgeschlossen werden!

Was ist eine öffentliche Collecte? Kürzlich wurde der verantwortliche Redacteur der „Münchener Ztg.“ vom Schöffengericht in Köln zu einer Geldstrafe verurtheilt, weil er durch die in seiner Zeitung enthaltene Aufforderung: „Arbeiter, unterstützt eure kämpfenden Brüder!“ in unbefugter Weise eine Collecte veranstaltet haben sollte.

Ein Collectiren im Sinne der Polizeiverordnung vom 24. Februar 1876, das Mangels der dort vorgeschriebenen Genehmigung verboten und strafbar wäre, kann allein in diesen öffentlichen Aufforderungen zu Geldspendungen nicht erblickt werden; denn zum Collectiren gehört ein wirkliches Geld.

Dieses freisprechende Urtheil gewinnt für uns ein ganz besonderes Interesse. Wird doch in Breslau seit längerer Zeit fast jede öffentliche Aufforderung zur Unterstützung streikender Arbeiter, die von der „Volkswacht“ oder dem Gewerkschafts-cartell ausgeht, als Uebertretung einer Verordnung des Oberpräsidenten verfolgt und mit Geldstrafe geahndet.

Wegen Beleidigung der königlichen Eisenbahndirection Breslau hatte sich heute Vormittag Genosse Julius Bruhns als ehemaliger verantwortlicher Redacteur der „Volkswacht“ vor dem hiesigen Landgericht zu verantworten. Es handelte sich um einen Artikel der „Volkswacht“ vom 8. April d. J., in welchem die Entlassung des Eisenbahners Hofmeister, der sich an der bekannten Versammlung der Eisenbahner in „Diebichs Stabliement“ betheiligt und dort ein paar Worte gesprochen hatte, scharf kritisiert worden war.

Wegen Kindesmordes wurde in der gestrigen Schwurgerichtssitzung gegen die 19 Jahre alte unberechelte Krankenschwesterin Anna Kirische aus Pödelwitz unter Aufsicht der Deftlichkeit verhandelt. Die Angeklagte war beschuldigt, am 3. Mai d. J. ihr uneheliches Kind in oder gleich nach der Geburt getödtet zu haben.

Arbeiterstrolch. Am 23. d. Mts. Nachmittags gegen 5 Uhr, wurde in einem Saale der Naumvollspinnerei auf der Kottbenerstraße der Arbeiter Wilhelm Tschöde entweilt und entzweielt verunmündet aufgefunden.

Die Anstieße, Petroleum ins Feuer zu gießen, hat wieder ein Opfer gefordert. Im dritten Stock des Hauses Parichstraße 7 gab gestern ein taubstummer Schneiderjunge, der in der Küche mit dem Biegen von Kleidungsstücken beschäftigt war, um die Gluth im Ofen anzufachen, Petroleum in den Ofen, wobei eine Explosion erfolgte.

Ein gefährlicher Kellerbrand entstand gestern in dem Hause Alsbürgerstraße 30. Der nach der Straße zu gelegene Keller ist von der Firma Walthers und Schmidt, Judenwaarenfabrik, gemiethet und dient in der Hauptsache zur Aufbewahrung von Cellulose (Alten, Röhren und Schachteln), auch befand sich eine große Menge Holzwole d. darin.

mendete Spiritusapparat umfiel. Der auslaufende brennende Spiritus legte bald den ganzen Inhalt des Kellers in Brand. Die Feuerwehre griff das Feuer der ungeheuren Rauchentwicklung wegen, unter Jubelannahme der Rauchschutzmaste mit einem vom Hydranten gelassenen Schlauchgang an.

Verhaftet wurde ein 17 Jahre alter Arbeiterbursche, der sich eines Sittlichkeitsverbrechens schuldig gemacht hatte. Aus dem Polizeibericht. In das Polizeigefängniß wurden am 22. d. Mts. 59 Personen eingeliefert.

Versammlungsberichte.

Die allgemeine Gewerkschafts-Versammlung, welche gestern Abend hier selbst tagte, um gegen die geplante Verlesung des Vereinsgesetzes zu protestiren, war gut besucht.

Wie habe eine größere Empörung nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch in bürgerlichen Kreisen geherrscht, als in der Gegenwart. Diese Bewegung, welcher sich sogar auch die National-Liberalen angeschlossen, habe ihre Ursache in der Novelle zum preussischen Vereinsgesetz.

Die Socialdemokraten haben bereits 2 Mal im Reichstage den Versuch gemacht, das Vereins- und Versammlungsrecht zu regeln, leider jedoch ohne Erfolg. Der gelegentlich der Beratung des bürgerlichen Gesetzbuches von unserer Partei gemachte Versuch vom Reichstage dahingehend beantwortet worden, daß ja dann erst die neuen Bestimmungen im Jahre 1900 Geltung erlangten.

Man nahm daher fast allseitig an, daß die Regierung beabsichtige, in nächster Zeit die Angelegenheit zu regeln. Nur die Socialdemokraten und die Freisinnigen wären nicht auf diesen Leim gefallen, den von dieser Seite vorgebrachten Bedenken habe Herr v. Böltcher in moralischer Entzweiung geantwortet: Man solle der Regierung Vertrauen entgegenbringen.

Man müsse sich auf das Schärfe dagegen erklären, daß man von oft in politischen Dingen ganz unwillkürlichen Beamten, die eben erst aus der Kaserne gekommen sind, wo sie 10 Jahre lang Refruten geduldet haben, aus einer Versammlung wie Schulbuben nach Hause geschickt werden könne.

Die Freunde der Vorlage gingen jetzt im Lande mächtig ins Geschrei und malen den anarchischen Schrecken an die Wand. Redner verliest einige Sätze aus einem vom Pastor Galle herausgegebenen Flugblatt, welche zwar auf die Erzeugung von Angst und Schrecken bei dem Leser berechnet sind, aber in Folge ihrer Plumpheit schadenbes Gelächter bei der Versammlung hervorriefen.

Die Vorlesung der Novelle über die Angelegenheit. Alsdann ergriff Genossin Geiser das Wort: Rednerin legt gleichfalls im Namen der sozialistischen Frauen und Mädchen gegen die Vorlage flammenden Protest ein.

Die Versammlung protestirt entschieden gegen die geplante Verächtlichmachung des Vereins- und Versammlungsrechts. Sie ist der Ueberzeugung, daß die Annahme der Novelle auch in ihrer gegenwärtigen Gestalt besonders die Gewerkschaften schwer schädigen würde.

Die heutige allgemeine Gewerkschafts-Versammlung legt auch darum gegen das Zustandekommen dieses Gesetzes den schärfsten Protest ein.

Die Proletarierin als Arbeiterin des freien Vereins- und Versammlungsrechts bedarf, um durch die Macht der Organisation bessere Arbeitsbedingungen zu erwirken; daß die Proletarierin als Frau des freien Vereins- und Versammlungsrechts bedarf, um auf politischem Gebiete zusammen mit dem Manne ihrer Klasse für ihre volle Befreiung zu streiten.

Gebiete die Möglichkeit vorzuenthalten, ihre Interessen im öffentlichen Leben genügend wahr zu können, während sie doch so gut wie der Mann unmittelbar und mittelbar zur Aufbringung aller staatlichen und gesellschaftlichen Lasten herangezogen wird;

in endlicher Erwägung:

das die Frau als Mutter die Möglichkeit besitzen muß, sich in politischen Vereinen und Versammlungen aufzuklären, damit sie ihre Kinder zu freien, pflichttreuen Bürgern des Gemeinwehens und zu Kämpfern für die freiheitliche Entwicklung zu erziehen vermag;

fordern die Versammelten im dringendsten Interesse aller Frauen und Mädchen:

Ein unbeschränktes, gesetzlich gewährleistetes Vereins- und Versammlungsrecht für alle, ohne Unterschied des Geschlechts, das Befähigte und die Landarbeiterschaft inbegriffen.

Mit aller Energie protestieren sie gegen die preussische Vereinsgesetznovelle als gegen ein schändliches Attentat auf die lämmelnden politischen Freiheiten des Volkes.

Diese Novelle trägt den berechtigten Interessen der Frauen keine Rechnung, sondern behandelt sie als Unmündige. Sie zweckt darauf ab, der Prekariatierin wie ihrer Klasse den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und Freiheit zu erschweren. Sie hebt die Willkür zum Gesetz und bedroht das allgemeine Wahlrecht.

Die Versammelten erklären es deshalb für die Pflicht der Prekariatierinnen, energisch für die Vereitelung des verfassungswidrigen und gemeinwärtigen Vorhabens der junkerlich-preussischen Reaction zu kämpfen.

Nach einigen kräftigen Worten des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

Provinzielle Rundschau.

Schweden. 23. Juni. Kasernenbau. Vom Kriegsministerium ist nunmehr der Bauplan für die Compagniekasernen der drei Infanteriebrigaden des 10. Regiments nebst Stabsgebäude und Offizier-Quartiere genehmigt; es dürfte also demnächst mit den Arbeiten begonnen werden.

Freiburg. 23. Juni. Vorgestern in der Bandlager Gasse aus der G. Paderichs Wirtshaus gelegentlich eines Besuches von Jahrenhuren auf der Rückkehr nach hier beim Blumensträuben an einer gefährlichen Stelle abgehängt. Der Bedauernswerte wurde beinahe aufgefunden.

Hagenau. 23. Juni. Die Stadtverordneten in der letzten Sitzung zur Feier des 20jährigen Bestehens des biesigen Militärvereins eine Festsitzung von 100 Mk. für das die Steuerzahler nicht alles tragen müssen.

Siegen. 23. Juni. Der wegen widernatürl. Lieber August verordnete Feiler von Chantrier ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Vermuthlich hängt das mit der Thatsache zusammen, daß der Feiler bereits einmal wegen Gefährdung in einem Kaserne war und auch jetzt noch unmündig ist.

Kaiserslautern. 23. Juni. Am 22. d. Mts. wurde das eine dreijährige Kind des Ehepaars Ritz der Schneiderischen Gasse in den Rheinmühlgraben. Das Kind schwamm eine Stunde, wurde glücklich wieder nach dem Ufer gebracht, wobei die Mutter weinte und grollte. Wegen mangelhafter Beobachtung der Kinder und wurde das Kind dadurch wieder zum Leben.

Kaiserslautern. 23. Juni. In der Nacht vom 19. zum 20. d. Mts. fanden in dem benachbarten Weiler wiederum zwei Raubfälle statt. Der erste umfaßte Nacht 2 Uhr im Hause der Wittwe Majur.

Das ganze Gebäude, welches mit Schonen gedeckt war, wurde in kurzer Zeit eingestürzt. Die der Frau gehörigen Mobilien und Kleidungsstücke wurden ein Raub der Flammen; nichts konnte gerettet werden. Kaum hatte die Bewohnerin sich von dem ersten Schrecken erholt, so erlöste von der Nachbarbefähigung, der Wittfrau Rieslich gehörig, Feuerlärm. Auch dieses Gebäude brannte, da es ebenfalls mit Strohbedeckt war, in kurzer Zeit nieder. Hilfsbereite Hände waren zur Stelle, jedoch konnte nicht viel gerettet werden. Man vermuthet böswillige Brandstiftung, da das erste Feuer vor Entzündung des zweiten bereits gelöscht war und eine Übertragung durch Flugfeuer unmöglich erschien. Seit kurzer Zeit hat es in diesem Dorfe fünf Mal gebrannt und es wäre bald an der Zeit, daß den Brandstiftern das Handwerk gelegt würde. — Am 19. d. Mts. führte ein in Beaufsichtigung einer älteren Frau sich befindlicher, etwa dreißigjähriger Knabe in das Wasserbassin des Victoriaplatzes und wurde von vorübergehenden Personen gerettet.

Bentzen. 23. Juni. „Ungeheuer“ vor Gericht. Am Dienstag früh schlief im Zubehörraum der zweiten Strafkammer der Kaufmann St. so fest ein, daß er aufgerüttelt werden mußte. Darin wurde eine Urgeheuer vor Gericht erblüht und beantragte der Staatsanwalt gegen den Kaufmann eine Ordnungsgeldstrafe von 20 Mark. Der Gerichtshof ermäßigte diese Strafe auf 5 Mark.

W. Jaborze. 23. Juni. Herr Meißner, der schneidige Amtsvorsteher in Jaborze, dessen Vermählungen es u. A. gelungen ist, und bis jetzt in seinem Amtsbezirk eine Versammlung unmöglich zu machen wird keine aufreizende Thätigkeit in Jaborze aufgeben. Herr Meißner jagt sich ziemlich durch ein: denn obwohl zu seiner Amtsführung nicht allzu große Kenntnisse gehören, verlangt er doch nach einer Angabe eines hiesigen Heeres 6800 Mk. Gehalt, also mehr als ein Generalmajor oder ein Generalleutnant. Wir bedauern natürlich seinen Fortgang nicht im Mindesten.

Internationale Nachrichten.

Der Friede zwischen Griechenland und der Türkei scheint nunmehr gesichert. Nach dem „Berliner Tagebl.“ hat die Wortsprache des Reichsaussenamtes jetzt förmlich erklärt, daß der Sultan im Prinzip auf die Forderungen verzichtet und sich mit der bekannten kleinen Grenzregulierung zu den im letzten Punkte der Friedensunterhandlungen als erledigt.

Wiesbaden. 24. Juni. Der künftige Candidat Wintermeyer hat bei der jüngsten Wahl eine vollständigen Erfolg errungen. Das Resultat an welchem nur noch die Wahlergebnisse aus einigen kleinen Stimmern fehlten. Die Wintermeyer (Frei-Wahlkreis) 18 188, 8 Jäger (Germanen) 1102 Stimmen. Der Germanenmann hat also noch etwas so viel Stimmen mehr erhalten, wie bei der Wahlzeit auf den conservativ-national-liberalen Candidaten gefallen sind, während Wintermeyer erheblich mehr Stimmen erhielt, wie bei der Wahlzeit auf ihn und den Socialdemokraten zusammen gefallen sind. Offenbar haben die socialdemokratischen Wähler sich bis auf wenige Ausnahmen für den künftigen Candidaten entschieden, was uns ganz in der Ordnung scheint. Wahrscheinlich begreifen nun auch die jüngeren Germanen im Wiesbadener Kreis, die für künftige Wahlentscheidung kommen, daß sie einen Werra-ähnlichen Fehler begangen haben.

Seckemünde. 23. Juni. Der Bauersohn Otten aus Meyerhof erschoss aus Eifersucht seinen älteren Bruder, der heute heirathen sollte, und tödtete dann sich selbst.

Washington. 23. Juni. Der Vertrag mit Hawaii ist an einen Unterauspruch verwiesen worden, der über die leicht aus dem Vertrage entstehende Verwicklungen berathen soll. Wie jetzt bekannt wird, hatte der Einspruch Japan's gegen die Einverleibung von Hawaii beinahe den Charakter eines Ultimatum's. Die Einverleibung wird in dem Einbruch als geeignet bezeichnet, den Handel im nördlichen Ozean zu fördern und Vertragsrechte aufzuheben.

Landesamtliche Nachrichten.

Vom 23. Juni.

Eheschließungen. II. Maurer Robert Rober mit Anna Schindel. — Arbeiter Friedr. Gichs mit Emilie Scholz. — Kellner Arthur Heinz mit Marie Langer. — Geschäftsdirektor Herr. Koch mit Emilie Kröse. — Gärtner August Berthold mit Anna Schenrich.

Geburten. I. Metallarbeiter Robert Müde, T. — Stellenbesitzer Paul Janke, S. — Cigarrenmacher Hermann Fitzel, S. — Buchbindermeister Richard Kuban, T. — Handelsmann Ernst Reichelt, S. — Concipient Alois Passel, S. — Kaufmann Adolf Doctor, S. — Arbeiter Carl Gräfer, S. — Bäcker Paul Majur, T. — Kutcher Heimr. Schirne, S. — Haushälter Adalbert Gbudu, T. — Kaufmann Eduard Föhnel, S. — Kutcher Heinrich Schmidt, T. — Maurer Carl Reiß, S. — Klempner Bernhard Liebold, S. — Arbeiter Ferdinand Damm, S. — II. Müller Josef Hellmann, T. — Arbeiter Reinhold Seidel, T. — Chorführer Robert Meyer, T. — Schuhmacher Carl Künigle, S. — Kaufmann Herm. Glas, S. — Schmied Wilhelm Schäfer, S. — Haushälter Carl Rische, T. — Kellner Franz Moige, S. — Schuhmachermeister Wilhelm Strauß, S. — Sattler August Haischer, Sohn. — Portier Franz Heitzel, T. — Arbeiter Eduard Hies, T. — Arbeiter Heinrich Kappel, T. — III. Bautechniker Friedrich Sieburg, S. — Maurer Wilhelm Müller, T. — Arbeiter Michael Burdacz, T. — Schuhmacher August Keller, T. — Arbeiter Ernst Richter, T. — Zimmermann Carl Art, T. — Maurer Georg Kleinmichel, S. — Arbeiter Bruno Raffel, T. — Tischlermeister Franz Glaubitz, S. — Arb. Wilhelm Schubert, T. — Drochsenführer Carl Fuchsberg, S. — Schlosser Alois Blumenberg, T. — Schlosser Paul Peter, T. — Kutcher Carl Reister, T. — Arbeiter Franz Käfig, S. — Schlosser Georg Reichmann, Sohn.

Todesfälle. I. Lohnbienenfrau Friederike Moses, geb. Singer, 66 J. — Weidenweiber Paul Jünger, 74 J. — Schuhmacher Julius Detote, 42 J. — Stallmann Adolf Jüchner, 25 J. — Tagelöhnerhelfer Hugo Schulz, 51 Jahre. — Martha, T. des Werkmeisters Gustav Brohoff, 6 Monate. — II. Elfriede, T. des Maurers Josef Christoph, 7 Mon. — Kassendienerswitwe Marie Jügel, geb. Jüfert, 78 J. — Mag. S. des Schmieds Ernst Schill, 1 Mon. — Margarethe, T. des Schlossers Otto Jüchner, 3 Woch. — Arbeiterwitwe Hedwig Schützer, geb. Scholz, 63 J. — Kaufmann Hermann Jonaas, 51 J. — Emma, T. des Schuhmachers August Döwenberg, 11 Mon. — III. Franz, S. des Arbeiters Paul Jödel, 4 Mon. — Emma, T. des Zimmermanns Gottlieb Wintler, 7 Mon. — Maria, T. des Arbeiters Franz Stauffmeyer, 1 J. — Feuerversicherungsbeamter Emil Rufe, 50 J. — Arbeiterwitwe Dorothea Kolbe, geb. Kalinke, 72 J. — Kräutereibesitzerin Emilie Strache, geb. Heng, aus Herdau, 41 J. — Wauersfrau Caroline Broffig, geb. Dipold, 64 J. — Olga, T. des Zimmermanns Georg Nießowatz, 5 Woch. — Otto, S. d. Päders August Thiel, 9 Mon. — Frieda, T. des Maurers Emil Genter, 9 Mon. — Erich, S. des Drechslers Max Jüder, 5 Wochen.

Gr. Frei-Concert
der
Schwedischen
Matsrosen-Kapelle
vom Angebot Orion I.

J. Schönfeld
Herren- und Knaben-Garderobe
zur silbernen
19.

Eine Wohlthat
in der ersten Jahreshälfte in ein
höheres Alter, und sind solche in
höchster Auswahl bei un-
vergleichlichen Firmen vorhanden.

Beige - Anzug
in webende und grau dezent
und leichtes Dragen

Leinen - Anzug
in den neuesten Moden, garantiert
ausgezeichnet

Schul-Anzug
möglichst in allen Größen anständig
zu Dragen unentbehrlich.

Jackets
in Damentasch und weite Jagdwand
und Jagdwand.

Staubmäntel
in allen Größen anständig.

S. Hurtig
I. Gg. Wlkerstr. 84. I. Gg.
Gingang Schuhbrücke.

„Enorme Auswahl“
Schuhe
Schuhe
Schuhe
Schuhe
Schuhe
Schuhe

Neu! Schuhwerk für empfindliche Füße. Neu!
Ludwig Herz, Blücherplatz 4.

Herren- und Knaben-Garderobe
jede neueste Arbeiterjacke empfiehlt am billigsten
E. Liedcke, Stockgasse 30.

Achtung!
Berein Gewerkschafts-Cartell.
Donnerstag, den 24. Juni, Abends 8 Uhr.
— Herbar, Schützenstraße 42.
Mitglieder-Versammlung.
Aufsichtung: 1. Gewerkschafts-Cartell über den Vöcker- und
Kassendirektor 2. Kassendirektor.
Der Vorstand.

Un glaublich
aber wahr
Schul-Anzüge
1 Mk 90 Pf
Bach-Hoien
nur 1.50 Mk.
Käfiger-Anzüge
nur 10 Mk.
Goldene 74

für Brautleute 1 dunkle Ausstattung
fast neu, 1 Schrank, 1 Vertikal, 1 Sopha
2 Bettst. m. Matr., 1 Tisch, 1 Spiegel,
4 Stühle sofort für 50 Thlr. zu verk.
Alexandersstraße 7, part. Aufz. [2307

Zähne sowie ganze Gebisse
(auch ohne Gummien.)
Plomben, Zahnstimmer, beständig
schmerzloses Zahnziehen
unter ärztl. Aufsicht mit Chloro-
form, Aethylchlorid etc.
Reparaturen sofort.
W. Oregar, Breslau, 2065
aus über von der Oberthorwache.

Rohtabake
ca. 9 Monate Ausverkaufs-
preise, also colossal billig
nur gegen baar oder
Nachnahme:
Carmen, Riesenblatt
Pfd. 115 bis 130 Pf.
Java-Uml., sehr
gross 125 Pf.
Domingo, gross und
gutbr., 110 Pf.
Brasil 85 bis 160 Pf.
Pfäzler 68 bis 80 Pf.
Märker 70 u. 76 Pf.
Sumatras 140 bis
400 Pf.
Jederspart viel Geld,
der bei mir kauft,
Albert Kramolowsky,
Breslau, Ring 60.

**Öffentliche
Metall-Arbeiter-Versammlung!**
Freitag, den 26. Juni, Abends 8 Uhr.
im großen Saal des Café restaurant, Grosse Straße 45.
Aufsichtung: 1. Vortrag des Reichstages Beschl.
2. Beschlüsse des Reichstages.
Zur Erläuterung werden etliche sehr gutbildete zu erklären.
Der Eisenarbeiter.